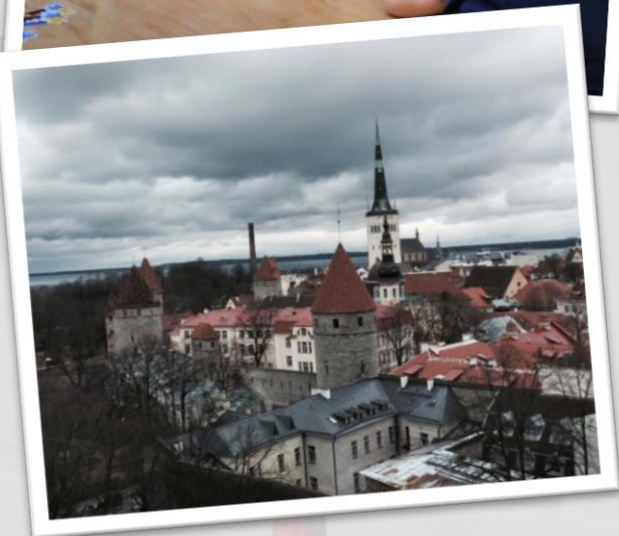
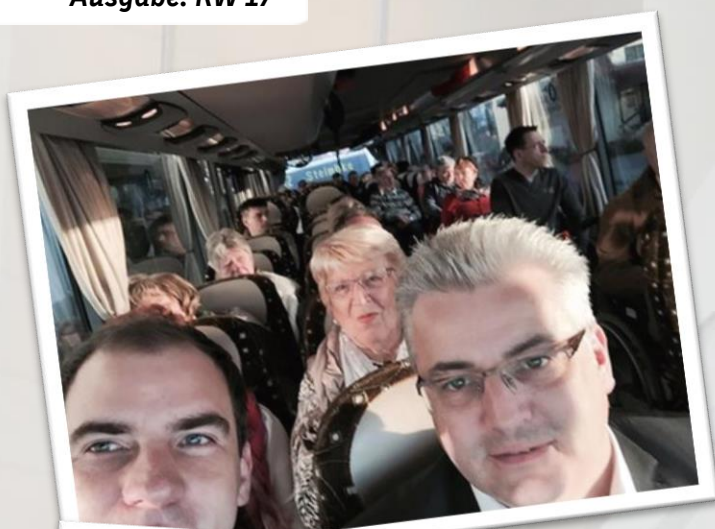


Beerlin ganz nah

Der Newsletter Ihres Bundestagsabgeordneten

Ausgabe: KW 17

Maik Beermann



Menschen helfen	2
Mindestlohns praxistauglich machen	2
Kleinanlegerschutzgesetz	2
Fraktionsführungen mit Göttinger Signal	3
Schicksal der Armenier, Beispiel für Völkermord	4
Berufsausbildung ist lohnende Investition	4
Anhebung von Freibeträgen	5
Verbindungsdatenspeicherung kommt	5
Meine Reise nach Estland	6
Podiumsdiskussion bei der Telekom	7
Barrierefreie Fahrt nach Berlin	7
Microsoft „Schlaumäuse“ in Steimbke	8
Eröffnung der Spargelsaison	8
Treffen mit dem Lions Club	9
Antrittsbesuch bei Mike Schmidt	9
MIT-Mitgliederversammlung	9
Wahlkreistag in Niedernwöhren	10

Menschen helfen – nicht erst, wenn sie in Seenot sind

Die Bilder der Schiffskatastrophen vor der libyschen Küste rütteln auf, berühren und bedrücken uns. Der Tod so vieler Menschen, die ihr Leben menschenverachtenden Schlepperbanden anvertraut haben, führt uns das Unheil vor Augen, das Ungerechtigkeiten in den Herkunftsregionen der Menschen und zerfallende Staaten auf ihren Fluchtrouten anrichten können. Wir müssen den Verantwortlichen vor Ort bei der Veränderung dieser Umstände helfen und als Europäische Union alles tun, damit die von gewissenlosen Schleppern ins Verderben geführte Menschen vor dem Tod gerettet werden.

Schon am Donnerstag dieser Woche kamen die EU-Staats- und Regierungschefs zu einem Sondergipfel zusammen. Es ist keine Zeit zu verlieren. Europa muss rasch Maßnahmen zur Verbesserung der Lage auf den Weg bringen – und über mittel- und langfristige Perspektiven beraten. Weder die hermetische Abriegelung Europas, noch die bedingungslose Öffnung unserer Grenzen wird die Lösung sein. Ebenso richtig ist, dass wir uns Denkverbote für neue und kreative Lösungen nicht leisten können. Alles, was Menschen rettet, ist richtig. Und wir sollten den Schleusern unmissverständlich klar machen, dass wir ihre skrupellosen Geschäfte nicht tolerieren werden.

Lösungen, die erst auf dem Mittelmeer ansetzen, werden keine nachhaltige Verbesserung bringen. Vergessen wir auch nicht all die Opfer, die unbemerkt von der Weltöffentlichkeit auf ihrem langen Weg an die Mittelmeerküste, etwa in der Sahara, sterben. Dauerhaft kann sich die Lage nur über eine Verbesserung der Zustände in der Heimat der Menschen ändern. Dort müssen wir noch stärker als bisher zu Frieden und Gerechtigkeit beitragen. Dieser Verantwortung müssen und werden wir uns gemeinsam mit unseren Partnern weiter stellen.

Mindestlohns praxistauglich machen

In der Fraktionssitzung am 27. Januar 2015 haben wir auf Initiative des Parlamentskreises Mittelstand (PKM) den Antrag „Mindestlohn entbürokratisieren und auf Fehlentwicklungen überprüfen“ einstimmig in unserer Fraktion beschlossen. Dieser Antrag ist die Grundlage dafür, was wir mit der Bundesarbeitsministerin im

Koalitionsausschuss an diesem Sonntag verhandeln werden. Die erheblichen bürokratischen Schwierigkeiten müssen praxistauglich gelöst werden. Der hohe Schwellenwert für die Nichtanwendbarkeit der Dokumentationspflichten nach dem MiLoG muss abgesenkt werden und auch für das Ehrenamt erwarten wir eine Lösung. Wir wissen, dass dies nicht einfach ist, aber wir versuchen in den Verhandlungen alles.

Kleinanlegerschutzgesetz

Wir haben das Kleinanlegerschutzgesetz beschlossen, um den Verbraucherschutz beim Erwerb risikobehafteter Vermögensanlagen zu stärken. Gesetzeslücken werden geschlossen und die Anforderungen an die Anbieter und Vermittler solcher Anlagen verschärft – unter anderem durch verstärkte Sanktionen bei Fehlverhalten und die Verbesserung der bereitgestellten Informationen. Diese erhöhte Transparenz hilft dabei, dass Anleger sich künftig zielgerichteter informieren und Risiken besser einschätzen können. Für die Finanzierung sozialer Projekte, gemeinnütziger Körperschaften, Religionsgemeinschaften und Genossenschaften schaffen wir Ausnahmetatbestände, um zu verhindern, dass die Maßnahmen zum Schutz von Kleinanlegern sozialem Engagement entgegenstehen.

Fraktionsführungen mit Göttinger Signal

Wir können eine positive Bilanz der gemeinsamen Tagung der Fraktionsspitzen in Göttingen ziehen. Vor allem die Bekämpfung der Kriminalität ist unserer Fraktion ein wichtiges Anliegen, denn die Menschen erwarten, angesichts steigender Einbruchszahlen und vermehrter Gewalt im Alltag, Antworten von der Politik. Deswegen werden wir die steuerliche Absetzbarkeit von Investitionen in Sicherheitstechnik sowie weitere Fördermöglichkeiten und Änderungen im Bundesrecht prüfen. Es sollen zudem die Zuschüsse und zinsgünstigen Kredite im Rahmen der KfW-Programme aufgestockt werden. Denn: Nicht nur Haus- und Wohnungseigentümer sollen profitieren, sondern auch Mieter sollen sich besser vor Einbrechern schützen können. Außerdem wird der Organisierten- und der Rocker-Kriminalität der Kampf angesagt. Polizei, Staatsanwaltschaft und Richter sollen gestärkt werden. Und: Der Schutz von Polizisten und anderen Einsatzkräften vor gewalttätigen Übergriffen wird ausgebaut.

Die Unterstützung der Hospize und der Ausbau der Versorgung mit Palliativmedizin sind im Koalitionsvertrag vereinbart worden. Allen Menschen in Deutschland sollen die Hospiz- und Palliativversorgung zur Verfügung stehen. Ein neuer Gesetzentwurf aus dem unionsgeführten Gesundheitsministerium soll diese Versorgung jetzt auf den Weg bringen. Wir sind überzeugt davon, dass in erster Linie eine umfangreiche ärztliche, pflegerische und psychosoziale Begleitung die richtige Antwort auf die Sorgen Schwerstkranker und Sterbender ist.

In Göttingen hat man sich außerdem darauf geeinigt, den Innovationsstandort Deutschland weiter auszubauen. Von unseren Gesprächspartnern haben wir wertvolle Impulse erhalten. Innovation braucht aber auch gute Rahmenbedingungen. Stichwort: Startups. Durch Starthilfen wie Gründungsfinanzierung und Gründungscoaching sollen sie aktiver als bisher gefördert werden. Besonders junge Unternehmen brauchen bessere Voraussetzungen, um zu wachsen. Außerdem haben wir die Weiterführung der sogenannten Exzellenzinitiative – also die Förderung der Spitzenforschung an ausgewählten Hochschulen – beschlossen: Mindestens 4 Milliarden Euro werden wir dafür in den Jahren 2018 bis 2028 aufwenden. Wir wollen mit einer Personaloffensive die Chancen und Planbarkeit von Wissenschaftskarrieren verbessern.

Deutschlands Wirtschaft steht gut da und beschert uns ein Rekordniveau bei der Erwerbstätigkeit und sinkende Arbeitslosenzahlen. Eine gut funktionierende Wirtschaft braucht Investitionen. Mit unserem 10-Milliarden-Euro-Paket setzen wir hier unübersehbare Akzente. Dabei engagieren wir uns besonders z.B. für finanzschwache Kommunen. Auch die Rahmenbedingungen für private Investitionen werden wir verbessern. Dafür werden bürokratische Hindernisse abgebaut, moderne Finanzierungsformen gefördert und Innovationen unterstützt. Von zentraler Bedeutung ist überdies das Generationenprojekt der Energiewende, für die wir in Göttingen die wesentlichen Bausteine umrissen haben. Nicht zuletzt werden wir als Fraktion uns weiter für Erhalt und Ausbau unserer Infrastruktur einsetzen.

Ein weiterer Göttinger Beschluss hilft Alleinerziehenden. Rund 20 Prozent aller Familien bestehen mittlerweile aus einer alleinerziehenden Mutter oder einem alleinerziehenden Vater und deren Kindern. Diese besondere Lebenssituation wollen wir besser berücksichtigen und deswegen Alleinerziehende steuerlich stärker entlasten und ihren Freibetrag anheben: Von bislang 1.308 Euro um 600 Euro monatlich auf 1.908 Euro. Zudem soll, wie im Koalitionsvertrag vorgesehen, eine Staffelung nach der Kinderzahl erfolgen. Die notwendige Finanzierung aus dem Haushalt des Familienministeriums muss zwischen diesem und dem Finanzministerium vereinbart werden.

Schicksal der Armenier, Beispiel für Völkermord

Die Vernichtung der Armenier im Osmanischen Reich während des Ersten Weltkrieges war die größte und folgenschwerste Katastrophe in der mehrtausendjährigen Geschichte des armenischen Volkes. Deportationen und Massenmorde kosteten nach unabhängigen Berechnungen über einer Million Armenier und andere orientalische Christen wie aramäische, assyrische und chaldäische Christen oder Pontusgriechen das Leben. Diese Verbrechen sind durch nichts zu rechtfertigen.

Wir verneigen uns vor den Opfern dieser schrecklichen Vertreibungen und Massaker und beklagen die Taten der damaligen türkischen Regierung, die zu einer weitgehenden Vernichtung der Armenier im damaligen Osmanischen Reich führten. Wir bedauern in diesem Zusammenhang die unrühmliche Rolle des Deutschen Reiches, das trotz eindeutiger Informationen über die organisierte Vertreibung und Vernichtung der Armenier nicht versucht hat, diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu stoppen.

Das Schicksal der Armenier nach den Ereignissen, die am 24. April vor 100 Jahren begannen, steht beispielhaft für die Geschichte der Massenvernichtungen, der ethnischen Säuberungen, der Vertreibungen, ja der Völkermorde, von denen das 20. Jahrhundert auf so schreckliche Weise gezeichnet ist. Dabei wissen wir um die Einzigartigkeit des Holocaust, für den Deutschland Schuld und Verantwortung trägt.

Wir fordern die Bundesregierung auf, Gedenken und Aufarbeitung der Vertreibungen und Massaker zu unterstützen und würdigen die zunehmenden Initiativen und Beiträge hierzu aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Kunst und Kultur. Wir ermutigen die Länder und die Bundesregierung, den Geschehnissen des Jahres 1915 eine angemessene Berücksichtigung in den Inhalten und Angeboten der schulischen, universitären und politischen Bildung einzuräumen. Eine konstruktive Aufarbeitung der Geschichte ist auch als Grundlage für eine Verständigung der Türkei und ihres Nachbarn Armeniens in Gegenwart und Zukunft unerlässlich. Aus leidvoller Erfahrung wissen wir Deutschen, wie wichtig eine schonungslose Auseinandersetzung mit der in der Verantwortung der eigenen Nation begangenen Verbrechen als Basis für ein friedliches Zusammenleben der Völker ist.

Berufsausbildung ist lohnende Investition

Auszubildende kosten Betriebe je nach Berufsgruppe bis zu 9.000 Euro pro Jahr. Zieht man die von den Auszubildenden erwirtschafteten Erträge von den Bruttokosten ab, so kostete ein kaufmännischer Auszubildender im Ausbildungsjahr 2012/2013 seinen Betrieb rund 3.500 Euro. Bei Auszubildenden technischer Berufe beliefen sich die Kosten auf rund 8.900 Euro. Die Differenz erklärt sich durch die vergleichsweise höhere Vergütung technischer Berufe und die

häufig nötigen längeren Einweisungszeiten an teuren Maschinen. Dennoch lohnt es sich für Unternehmen, Auszubildende einzustellen und nach ihrer Ausbildung weiter zu beschäftigen: Die externe Besetzung einer Stelle kostet Unternehmen durchschnittlich 8.700 Euro, vom Bewerbungsverfahren bis zur Einarbeitung. Entsprechend ist für 80 Prozent der ausbildenden Unternehmen in Deutschland die Qualifizierung von Fachkräften, die langfristig im Betrieb eingesetzt werden können, ein tragender Grund für ihr Ausbildungsengagement.

Anhebung von Freibeträgen

Mit dem Gesetzentwurf, zur Anhebung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags, wird die verfassungsrechtlich gebotene Anhebung des steuerlichen Grundfreibetrags und des Kinderfreibetrags für die Jahre 2015 und 2016 entsprechend den Vorgaben des 10. Existenzminimumberichts sichergestellt.

Zur Förderung der Familien, bei denen sich der Kinderfreibetrag nicht auswirkt, soll das Kindergeld in gleichem Verhältnis für 2015 (4 Euro pro Monat) und 2016 (um weitere 2 Euro pro Monat) angehoben werden. Daneben soll der Kinderzuschlag um einen Betrag von 20 Euro auf 160 Euro monatlich ab dem 1. Juli 2016 angehoben werden. Wir beraten den Gesetzentwurf der Bundesregierung in erster Lesung und haben in Göttingen überdies beschlossen, dass wir auch den Entlastungsbetrag für Alleinerziehende im Rahmen dieses Gesetzes anheben wollen.

Verbindungsdatenspeicherung kommt

Diese Koalition kann mehr, als nur den vereinbarten Politikfahrplan Schritt für Schritt und Satz für Satz umsetzen. So können wir durch die Beharrlichkeit und die klugen Vorschläge von Bundesinnenminister Thomas de Maizière jetzt endlich die lange blockierte Frage der Verbindungsdatenspeicherung auflösen. Die nun vorgelegten Leitlinien kombinieren zeitlich und inhaltlich eng begrenzte Speicherfristen mit sehr strengen Abrufregelungen. So werden die Ziele der Verbrechensbekämpfung mit hohen Standards beim Datenschutz in Einklang gebracht. Die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes und des Europäischen Gerichtshofes werden dabei eingehalten. Künftig werden auch in der digitalen Welt Spuren gesichert werden können, damit wir Kinderpornographie, Terrorismus und organisierte Kriminalität effektiv bekämpfen können.

Ich gehöre zu den Befürwortern einer Verbindungsdatenspeicherung. Wir sind mittlerweile an einem Punkt angekommen, an dem unsere Ermittler schlicht keine Möglichkeit mehr haben bestimmte Straftaten (z.B. Kinderpornographie) im Internet aufzuklären, weil man nicht mehr an Beweise gelangen kann. Es geht

nicht darum die Befugnisse ungehindert auszudehnen, es geht darum, überhaupt eine Möglichkeit zur Ermittlung zu schaffen. Auf der einen Seite erwarten die Bürgerinnen und Bürger zurecht eine schnellere Anpassung der bestehenden Gesetze an unser digitales Zeitalter, auf der anderen Seite werden die Augen vor den neuen Möglichkeiten, die sich auch Kriminellen damit bieten, verschlossen. Bildlich gesagt leben die Menschen das Netz, während die Polizei nur mit Bleistift und Papier von außen zuschauen darf.

Die Angst vor unberechtigter Verfolgung durch unsere Behörden teile ich nicht. Wir leben in einem demokratischen Rechtsstaat mit einer funktionierenden Judikative. Zu befürchten, dass der von mir befürwortete Richtervorbehalt wirkungslos wäre, käme einer Bankrotterklärung unseres Staates gleich.

Durch die Verbindungsdatenspeicherung wird niemand, ähnlich wie bei einer Überwachungskamera, daran gehindert die Tat dennoch zu begehen. Während das Video der Kamera den Täter schlussendlich doch überführen kann, bleibt der Erfolg ohne eine Verbindungsdatenspeicherung jedoch gänzlich aus. Zumindest die Täter können sich somit sicherer fühlen.

Meine Reise nach Estland

Auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) habe ich gemeinsam mit weiteren jungen Politikern an einer Konferenz über die deutsch-estnische Jugendarbeit teilgenommen. Als Mitglied des Ausschusses für Digitale Agenda hat es mich sehr gefreut, dass die Reise nach „e-estonia“, also in ein Land, welches den Zugang zu kostenlosem WLAN qua Verfassung garantiert, ging. Die baltische Republik hat eine Vorreiterrolle im Bereich der Digitalisierung eingenommen und wusste die Teilnehmer der Reise vielfach zu begeistern.

Im Rahmen eines Vortrages zeigte Siret Schutting von Enterprise Estonia, einer Einrichtung des estnischen Wirtschaftsministeriums, auf, dass dazu weitaus mehr als nur das Menschenrecht auf Gratis-WLAN gehört. Nicht nur Parkuhren könnten daher digital bezahlt sondern auch sämtliche Behördengänge online absolviert werden. Die Erklärung der Steuern erfolgt in mittlerweile mehr als 93 % aller Fälle online. Ärzte können umfassende Krankenakten ihrer Patienten ebenso online abrufen, wie der Bürger durch Mausklick von seinem Wahlrecht Gebrauch machen kann. Besonders spannend war insbesondere die Diskussion mit den angehenden Diplomaten der „Estonian School of Diplomacy“.

Auch der politische Austausch mit der estnischen Partnerjugendorganisation IRL Noored sollte nicht zu kurz kommen. Die Bundesvorsitzende Linda Eichler und Eleri Rattasepp, als Vorsitzende des örtlichen Verbandes in Tallin, führten uns durch die Altstadt der größten estnischen Metropole. Weiterhin stand der Besuch des estnischen Parlamentes „Riigikogu“ auf dem Programm, das erst in dieser Woche zu den ersten Sitzungen nach den Parlamentswahlen vor gut einem Monat zusammen kam. Trotz laufender Koalitionsverhandlungen nahm sich Magnus Tsahkna, der junge Generalsekretär der IRL, Zeit um dem Landesvorstand die aktuelle politische Situation Estlands zu erklären und über internationale Politik zu diskutieren.

Ich bedanke mich bei unserem Delegationsleiter Tilman Kuban für die tolle Organisation und bei Thomas Schneider, dem Leiter des Länderprojektes EU-Russland-Dialog der KAS für das umfassende Programm.



Podiumsdiskussion bei der Telekom

In dieser Woche habe ich im Rahmen der „telegraphen_lounge“ der Deutschen Telekom an einer spannenden Podiumsdiskussion zum Thema „Grassroot E-Health - Revolution von unten?“ teilgenommen.

Gemeinsam mit Dr. Markus Müschenich, Arzt und Vorstand des Bundesverbands Internetmedizin (BiM) und Prof Dr. Dr. Christian Dierks, Professor für Gesundheitssystemforschung an der Charité Universitätsmedizin Berlin und Mitgründer der Rechtsanwaltskanzlei Dierks + Bohle habe ich über die Herausforderungen und insbesondere Chancen der Digitalisierung und Vernetzung im deutschen Gesundheitswesen diskutiert. In der Debatte habe ich herausgestellt, dass das E-Health Gesetz ein Sportwagen ist, der seit 6 Jahren in der Garage steht. Damit gewinnt man kein Rennen. Weiterhin habe ich zu einem Zusammenwirken aller Akteure aufgerufen und betont, dass sich vor allem die Politik den neuen Technologien stellen und sich diesen auch öffnen muss.



Barrierefreie Fahrt nach Berlin

Auf gemeinsame Einladung von meinem Kollegen Axel Knoerig und mir fand jetzt eine politische Bildungsreise nach Berlin statt. 50 Bürgerinnen und Bürger aus den Landkreisen Diepholz, Nienburg und Schaumburg waren drei Tage lang zu Gast in der Hauptstadt. Das Besondere an dieser Fahrt war, dass wir sie speziell auf die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen abgestimmt haben, um ihnen die Möglichkeit zu geben, Berlin - wie jeder andere auch - erleben und kennenlernen zu können. Ein spezieller Reisebus und ein Hotel mit den notwendigen Einrichtungen wurden hierzu von uns angemietet.

Auf dem Programm standen eine Stadtrundfahrt sowie Infotermine in der Niedersächsischen Landesvertretung und im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. Eine Besichtigung der historischen Ausstellung „Topographie des Terrors“ informierte über die Zeit des Nationalsozialismus. Beim Besuch der Taipeh-Vertretung wurde den Gästen auf unterhaltsame Art das Land Taiwan nähergebracht.



Microsoft „Schlaumäuse“ in Steimbke

Die bundesweite Tour der Bildungsinitiative „Schlaumäuse – Kinder entdecken Sprache“ von Microsoft Deutschland machte Halt in Steimbke. Mit meiner Unterstützung stattete das Unternehmen den

Kindergarten Sternschnuppe mit einem Tablet, sowie der neuesten Version der Schlaumäuse-Lernsoftware aus. Das Schlaumäuse-Programm unterstützt die Kinder nicht nur in Sachen Sprachentwicklung: Der frühe Umgang mit einem modernen Tablet oder PC stärkt die Medienkompetenz, die zu den Schlüsselqualifikationen in unserer heutigen Informationsgesellschaft zählen. Ich freue mich, dass wir mit diesem Projekt in meiner Heimsamtgemeinde einen weiteren Schritt in die Entwicklung der wichtigen Medienkompetenz für Kinder gehen können.



Eröffnung der Spargelsaison

Bei schönem Wetter haben wir im Blattpavillon der DEULA in Nienburg die Spargelsaison im Landkreis Nienburg eröffnet. Ministerpräsident Stephan Weil hat gemeinsam mit Spargelbauern symbolisch den ersten Spargel gestochen.

Mit dabei waren meine Kollegen aus dem Landtag Jan Ahlers und Karsten Heineking. Die alte Spargelkönigin Meike Schmidt übergab an die neue Spargelkönigin Luisa Krumwiede.

Fritz Bormann von der Arbeitsgemeinschaft Nienburger Spargel bestätigte, dass die Qualität und der Ertrag des Spargels in diesem Jahr besonders gut seien. Einen Wehrmutstropfen gab es aber, denn der Spargel wird aufgrund des Mindestlohns in diesem Jahr etwas teurer werden.

Alles in allem kann ich bestätigen: Der erste Spargel war lecker!



Treffen mit dem Lions Club

Gemeinsam mit meinem Kollegen Axel Knoerig, trafen wir uns mit dem Lions Club in der Grafschaft Hoya. Präsident Stefan Meyer hatte uns beide zu diesem sehr informativen und kurzweiligen Abend eingeladen, um den Clubmitgliedern die Menschen Beermann und Knoerig mit den jeweiligen Hintergründen und Werdegängen vorzustellen.

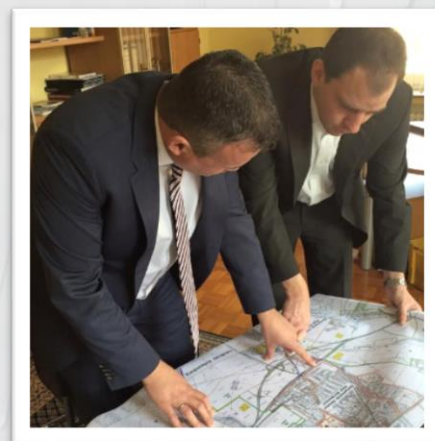
Die Mitglieder des Clubs stammen aus beiden Wahlkreisen und werden im Mai nach Berlin reisen und uns bei der Arbeit über die Schulter schauen, inhaltlich verschiedene Themen diskutieren und sich über Sachverhalte, die besonders unsere Region betreffen, informieren.



Antrittsbesuch bei Mike Schmidt

Ich habe das Versprechen eingehalten! In der letzten Wahlkreiswoche hatte ich meinen Antrittsbesuch beim neuen Samtgemeindebürgermeister der Samtgemeinde Nenndorf, Mike Schmidt (CDU).

Wir führten einen guten Austausch über die Verlegung der B65 und die Windstromleitung SuedLink. Wir arbeiten auch zukünftig weiter gut zusammen.



MIT-Mitgliederversammlung

Bei der Raiffeisen Agil Leese fand die letzte MIT-Mitgliederversammlung statt. Vielen Dank an die Geschäftsführerin Britta Ronnenberg für den interessanten Vortrag einer modernen Raiffeisen Genossenschaft, die sich aus meiner Sicht sehr zukunftsfähig und agil aufgestellt hat. Ein Dank geht zudem an unsere Wirtschaftsförderin im Landkreis Nienburg, Uta Kupsch, für ihr Referat mit der Darstellung der zahlreichen Aktivitäten und Initiativen für eine effektive Wirtschaftsförderung.



Wahlkreistag in Niedernwöhren

Einen super Wahlkreistag hatte ich in der Samtgemeinde Niedernwöhren. Zuerst fand eine Besichtigung des Hallenbades „Badewonne“ und Diskussion mit dem Förderverein statt, danach ging es zum Gespräch in der Verwaltung mit dem Samtgemeindebürgermeister Marc Busse und Mitgliedern des Rates. Weiter ging es zur Betriebsbesichtigung des Familienbetriebes Vehling in Volksdorf mit anschließender Diskussion mit Mitgliedern des Handels- und Gewerbevereins. Abschließend habe ich dann noch die Mitgliederversammlung des CDU-Samtgemeindeverbandes besucht.

Vielen Dank an Horst Peeck und seine Mitstreiter für die sehr gute Organisation

